

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Volkshaus-Verlegungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postzuschlags für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Saluto-Zuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 56b.

Die achtseitige Hauptübersicht über deren Kennen kostet 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Mehrzählige: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2020, 2045, 4510, 4605, 4635, 4640, 4921

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Kampf bei Ludwig Löwe

Die von der Betriebsleitung der Löwewerke provozierte Bewegung ist durch den in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Schiedsspruch in ein neues Stadium getreten. Die Bewegung verdient die größte Aufmerksamkeit der Gesamtarbeiterschaft, denn hier handelt es sich anscheinend nicht um eine isolierte Aktion eines Betriebes, sondern wieder einmal um ein Schulbeispiel, das nachahmbar dürfte, wenn es der Firma Löwe gelingt, ihre Absichten durchzusetzen. Um so notwendiger wird es sein, daß die Berliner Arbeiterschaft sich geschlossen, aber auch mit vollem Vertrauen hinter ihre selbstgewählten führenden Körperschaften stellt, in deren Hände die weitere Erledigung der Angelegenheit durch einen Beschluß der mittleren Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gelegt werden wird, Metalarbeiterverbandes gefestigt wurde. Der Beschluß, der einstimmige Annahme fand, lautet:

- Die mittlere Ortsverwaltung wolle beschließen,
- 1. sich sofort an die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale zu wenden und dort eine sofortige Versammlung aller Betriebsräte Berlins zu verlangen.
- 2. sich sofort an die Gewerkschaftskommission zu wenden und dort eine sofortige Versammlung aller Betriebsräte Berlins zu verlangen.
- 3. zu diesem Zweck die politischen Arbeiterparteien einzuladen.

Die Bewegung konnte diese Entwicklung nehmen, weil mit der jüngsten Verordnung über Betriebsstilllegungen nicht eine Waffe gegen solche geschaffen worden ist, sondern ein Mittel, das den Unternehmern dazu dient, Betriebsstilllegungen jederzeit glatt durchzuführen. Der Demobilisierungskommissar mußte auf die von den Arbeitern der Firma Löwe gegen die Schließung des Betriebes eingereichte Beschwerde antworten, er könne nicht eingreifen, weil die betreffende Verfügung ein Eingreifen der Demobilisierungsbehörde ausschließt, wenn die Betriebsstilllegung die Folge von Arbeitsstreitigkeiten ist.

Schon als bei der Beratung über diese Verordnung im Reichswirtschaftsrat Herr v. Siemens die ursprüngliche Fassung der Verordnung durch diesen Passus ergänzte, haben wir darauf hingewiesen, daß die ganze Verordnung dadurch völlig nutzlos wird. In der Zeit der wirtschaftlichen Krise, für die eine solche Verordnung vorwiegend Sinn hat, wird es dem Unternehmertum ein leichtes sein, Arbeitsstreitigkeiten hervorzurufen, um dadurch freie Bahn in der Betriebsbeschränkung und Stilllegung zu bekommen.

Der zweite wichtige Punkt ist der gestern vom Schlichtungsausschuss angenommene Vergleichsvorschlag. Er ist noch schlimmerer Kaufschuß als die Verordnung. Vor allem aber wird sich die Arbeiterschaft dagegen wenden müssen, daß der Schlichtungsausschuss der Betriebsleitung freie Hand für Maßregelungen geben will. Welche Arbeiter es sind, die sich schwere Ordnungswidrigkeiten haben zuschulden kommen lassen, und die nach dem Einigungsvorschlag nicht wiederingestellt zu werden brauchen, dürfte klar sein.

Mit solchen Verordnungen und Schlichtungsausschüssen kann das Unternehmertum zufrieden sein. Die Berliner Arbeiterschaft aber wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß das Beispiel von Löwe in anderen Betrieben wiederholt wird. Sie wird darum ihren Willen, derartigem Vorgehen des Unternehmertums einen Damm zu setzen, eindeutig kundgeben müssen. Mit Erfolg kann das nur geschehen, wenn eine absolute Disziplin gewahrt wird, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in Berlin nur den Weisungen ihrer verantwortlichen Körperschaften Folge geben.

Die „rote Fahne“ behauptet in ihrem Bericht über die Versammlung der Arbeiter der Firma Löwe, das Mitglied der Ortsverwaltung der Metallarbeiter, Blumenthal, habe sich in seiner Stellungnahme zur Situation sehr unklar ausgedrückt. Das ist wie immer eine Verdrehung des Sachverhalts. Die Ausführungen des Genossen Blumenthal, über die auch wir berichtet haben, sind sowohl von der Versammlung selbst, wie von der Leitung der Versammlung mit einmütiger Zustimmung aufgenommen worden.

#### Die Eisenbahnerbewegung

Neue Vorschläge des Reichskabinetts

Das Kabinett beriet gestern Abend über die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches, nachdem im Laufe des Tages Besprechungen mit Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter beim Reichsfinanzminister stattgefunden hatten. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter der Regierungsparteien teil. Man einigte sich schließlich auf folgende Regelung, für die auch die Zustimmung des Reichstages zu erwarten ist:

Für die Reichsbeamten sollen die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag erhöht werden: in Ortsklasse A auf 70 Prozent, in Ortsklasse B auf 67 Prozent, in Ortsklasse C auf 65 Prozent, in Ortsklasse D auf 60 Prozent, in Ortsklasse E auf 55 Prozent. Für die Reichsarbeiter soll der Teuerungszuschlag für die Stunde erhöht werden: in Ortsklasse A um 0,60 Mark, in Ortsklasse B um 0,50 Mark, in Ortsklasse C um 0,40 Mark, in Ortsklasse D um 0,30 Mark, in Ortsklasse E um 0,20 Mark. Die entsprechende Gesetzesvorlage wird den gesetzgebenden Körperschaften sofort zugehen.

Die vom Kabinett vorgeschlagene Regelung geht ein wenig über den ursprünglichen Einigungsvorschlag hinaus. Es werden die Lohnzulagen für die Arbeiter in allen Ortsklassen um 10 Pfennige höher angesetzt als in jenem ursprünglichen Einigungsvorschlag, der die Arbeiter in Ortsklasse E mit einem Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde abspesen wollte. Bei den Teuerungszuschlägen für die Beamten gleichen die neuen Vorschläge die große Ungerechtigkeit zwischen niedrigen und hohen Ortszuschlägen ein wenig aus, indem sie den Ortsklassen mit niedrigem Teuerungszuschlag ebenfalls eine kleine Erhöhung von 2-5 Prozent gegenüber dem ursprünglichen Einigungsvorschlag gewähren.

Nun haben abermals die Eisenbahner das Wort und auch im Reichstag wird von den Vertretern der Arbeiterschaft zu diesen immer noch sehr mäßigen Sätzen, die noch lange nicht geeignet sind, den Hunger aus dem Haushalt des Beamten und Staatsarbeiters zu verbannen, zu sprechen sein.

#### Der Bremer Volksentscheid

Das endgültige Wahlergebnis

11. Bremen, 15. Januar.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft teilte der Präsident das festgestellte Ergebnis des Volksentscheides vom 9. Januar mit. Danach betrug die Zahl der Abstimmungsberechtigten 209 736. An gültigen Stimmen wurden abgegeben 175 507, an ungültigen 550, für das Bleiben des Senats stimmten 99 703, für seinen Rücktritt 75 814 Personen. Es ergibt sich somit eine Mehrheit für den Senat von 23 969 Stimmen.

#### Die französische Kabinettskrise

Paris, 15. Januar.

Nach einer Havasmeldung hat Peret Poincaré das Finanzministerium angeboten. Dieser hat aber abgelehnt, jedoch hinzugefügt, daß er vielleicht das Ministerium des Äußeren übernehmen würde. Briand möchte gleichfalls dieses Ministerium übernehmen. Bis zum Abend war eine Entscheidung über die Kabinettsbildung noch nicht getroffen. Havas meint, es wäre möglich, daß Peret den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung ablehnen werde, wenn er nicht die Mitwirkung sowohl Poincarés wie Briands erhalte.

#### Der Wiener Poststreik

Solidarität der Arbeiterklasse

11. Wien, 15. Januar.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Postangestellten dauern zur Stunde noch an. Ein Vorschlag der Regierung ist von den Postangestellten abgelehnt worden, und man ist hier bezüglich der weiteren Gestaltung der Dinge, pessimistisch gestimmt. Am Freitag Abend erschien eine Abordnung der Gewerkschaftskommission bei dem Bundeskanzler und machte ihn darauf aufmerksam, daß bei einer längeren Dauer des Poststreiks die Ausstandsbewegung auch auf die Arbeiterschaft übergreifen drohe, da sich diese mit der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Vereinigung der öffentlichen Staatsangestellten solidarisch erklärt. Sie verlangte namentlich die Zurückziehung der Polizei, die zum Schutze der Postämter aufgestellt ist.

#### Steuerermäßigung in Oesterreich

Wien, 14. Januar.

Der Nationalrat nahm den vom Finanzausschuss auf Antrag der Sozialdemokraten vorgelegten Entwurf, betreffend die Herabsetzung der Einkommensteuer bis zum Betrage von 200 000 Kronen um ein Drittel, an. Finanzminister Grimm stellte fest, daß es sich hierbei nur um eine Notstandsmäßnahme für 1921 handle. Die Deckung für den Einnahmefall solle in einer Salutarmaßnahme gefunden werden. Bei der gewaltigen Entwertung des österreichischen Geldes bedeutet die Annahme dieses Antrages eine dringend notwendige Milderung der Besteuerung der großen Masse. Auch in Deutschland ist ein ähnlicher Schritt dringend notwendig.

#### Maulwurfsarbeit im Ruhrgebiet

Düsseldorf, 11. Januar.

Die Vorgänge bei den Thyssen-Werken in Hamborn beleuchten wieder einmal scharf die Tätigkeit der Kommunisten und insbesondere ihrer neuesten Schöpfung, der Reichsgewerkschaftszentrale der R. K. P. D. In Hamborn lagen die Dinge so, daß Kommunisten und Syndikalisten gemeinsam einen Streik herbeiführten, der für jeden einsichtigen Menschen von vornherein gänzlich aussichtslos war. Man hatte eine Absperrung herbeigeführt, bei der sich der Unternehmer formal im Recht befand, da er sich auf einen Beschluß des Schlichtungsausschusses berufen konnte und man hat die ganze Bewegung natürlich mit lägenhaften Meldungen und einer verleumderischen Berichterstattung durchgedrückt. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sofort nach Bekanntwerden der Haltung der Freien Gewerkschaften tausende Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten. Der Sieg der Thyssen-Werke wird ein ebenso vollständiger sein wie die Niederlage der Arbeiterschaft. Die Arbeiter können sich wieder einmal bei den kommunistischen und unionistischen Drahtziehern bedanken, die sie leichten Herzens in einen aussichtslosen Kampf geführt und die in ihrer gewissenlosen Art der ganzen Sache der Arbeiterbewegung einen neuen Schlag versetzt haben.

Man kann jedoch diese Dinge nicht richtig verstehen, wenn man sie unter dem kleinen Gesichtswinkel einer lokalen Bewegung betrachtet. Man begreift sie, wenn man die ganze Tätigkeit der Reichsgewerkschaftszentrale der R. K. P. D. im hiesigen Gebiet in den letzten Wochen gesehen hat. Die Referenten Malzahn, Hedert, Brandler, Heselbarth u. a. von der Reichsgewerkschaftszentrale der R. K. P. D. haben in der letzten Zeit hier eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet gegen die Freien Gewerkschaften. Bezeichnend ist, wie die Versammlungen dieser Herren zustande kommen. Man ruft nicht etwa ordnungsgemäße Gewerkschafts-Versammlungen ein, da man genau weiß, daß die weitaus größte Mehrheit der Gewerkschafts-Mitglieder die Absperrungsabsichten durchschaut hat. Man veranstaltet öffentliche Volksversammlungen und führt vor einer zusammengelaufenen Herde von Unorganisierten, Gelben, Christlichen, Syndikalisten, Unionisten, Bürgerlichen und Arbeitern, unter die sich ab und zu einmal ein freigewerkschaftlich Organisierte verirren mag, den Heldentkampf gegen die Freien Gewerkschaften. Und erntet rauschenden Beifall.

Die alten Feinde der sozialistischen Arbeiterbewegung benutzen mit Vergnügen das Material, das ihnen von jemand geboten wird, der selbst immer wieder versichert, „fest auf dem Boden der Gewerkschaften zu stehen und für die Erhaltung der Gewerkschaften einzutreten“. In Wirklichkeit wird in diesen Versammlungen besten Falles erreicht, daß einige schwankende Elemente den Freien Gewerkschaften den Rücken kehren und unorganisiert herumlaufen. Den Vorteil haben einzig und allein Christliche und Syndikalisten, die aus diesen Kämpfen ihren Nutzen ziehen. Diese Art des Kampfes gegen die Freien Gewerkschaften, wie er hier im Ruhrgebiet geführt wird, hat nun offensichtlich bewiesen, daß es der R. K. P. D. nur darauf ankommt, die Freien Gewerkschaften zu zerstören und daß sie bei ihrem unsinnigen Vorgehen vor keinem Mittel zurückschrecken.

Letzten Endes diente auch der Streik bei Thyssen demselben Zweck. Wie die Geier auf das Was kloßen, so fanden sich blühgeschwind die kommunistischen Führer zur Streikleitung ein und verkündeten in öffentlichen Versammlungen in Hamborn ihre neueste Weisheit. Sie wußten ganz genau, daß die Freien Gewerkschaften diesen vollkommen aussichtslosen Streik nicht unterstützen würden, sie wußten auf der anderen Seite, daß die Sympathie der Arbeiterschaft naturgemäß und mit Recht bei den Absperrten war. Jetzt sind wieder die Freien Gewerkschaften die Verräter, die ihre ausgesperrten Genossen angeblich im Stich gelassen haben. Es wird der Arbeiterschaft nicht erzählt, in wela bodenlos leichtfertiger Weise Kommunisten und Unionisten die Absperrung herausbeschworen haben. Es wird nur darauf hingewiesen, daß die Freien Gewerkschaften sich nicht angeschlossen haben.

Welch ausgezeichnete Möglichkeit, eine neue Hege gegen die „Gewerkschaftsbongzen“ zu inszenieren. Zu dem Zweck hat man große Plakate anschlagen lassen, in denen Ursache und Verlauf des Streiks scharf geschildert sind, auf denen neben zwei vernünftigen, nur sinnlosen und unvernünftige Forderungen stehen und in denen letzten Endes zu einem „Betriebsräte-Kongreß“ von Rheinland und Westfalen aufgefordert wird, der am Dienstag, den 11. stattfinden soll. In Wirklichkeit kann auch diese Karikatur eines Betriebsräte-Kongresses naturgemäß an der Streiklage nichts mehr ändern. An dem Kongreß beteiligen sich nur die Kommunisten und ihre syndikalistischen Freunde. Aber die Hege gegen die Freien Gewerkschaften kann hier weiter geführt, das Feuer weiter angeblasen, die Zellenbildung besser organisiert werden. Diese Dinge müssen aber überall beachtet werden und die Arbeiter müssen aus ihnen lernen. Denn sie werden immer wieder und überall vor die gleiche Lage gestellt, überall wird



versucht, von vornherein völlig aussichtslose Bewegungen anzuzetteln, um dann nach ihrem Scheitern den Gewerkschaften und ihren Leitern die Schuld dafür zuzuschreiben. Was sich heute im Ruhrgebiet abspielt, wird morgen in Sachsen, in Mitteldeutschland versucht werden. Hier hilft nur festes Zusammenstehen und die Erkenntnis, daß man sich gegen diese Gewerkschaftszersplitter, die jede ernsthafte Aktion unmöglich machen, die die Zersplitterung der Arbeiterschaft, die Laune und Teilnahmslosigkeit weiter füttern, mit aller Energie wehren muß. Hier muß zugepackt und das Uebel von Grund aus ausgebrannt werden. Die deutsche Arbeiterschaft ist durch Moskau in ihrem Befreiungskampf genügend gehemmt worden. Sie kann und darf nicht zulassen, daß man ihr auch noch ihre letzte Waffe, die Freien Gewerkschaften, entzweielt.

## Verschwörer Ludendorff

Vor einigen Tagen wurde aus Basel gemeldet, General Ludendorff habe der Entente eine Denkschrift über die Möglichkeit eines militärischen Aufmarsches gegen Sowjetrußland unterbreitet. Die Nachricht wurde flugs dementiert. Jetzt gibt nun der alldeutsche Journalist Arnold Reckberg in der „München-Augsburger Abendzeitung“ über den Ursprung der Denkschrift folgende Darstellung:

Von Vertretern der Entente war mir gegenüber wiederholt der Wunsch geäußert worden, die militärisch-männlichen Ansichten des Generals Ludendorff über die aus dem Osten drohende Gefahr eingehend kennen zu lernen. Ich habe daraufhin mit General Ludendorff die militärische Lage in Europa nach sachmännlichen Gesichtspunkten durchgesprochen und das Resultat dieser Besprechungen niedergeschrieben. General Ludendorff hat mir auf meinen Wunsch schriftlich bekräftigt, daß die von mir am 8. Dezember 1920 verfaßte und geseichnete Denkschrift seinen Ansichten entspricht. Ich habe die Denkschrift an die Entente weitergegeben, die Verantwortung dafür übernehme ich vollkommen und allein. Ich tue das um so lieber, als die Denkschrift nach unbewiesenen Nachrichten zum mindesten in England für Deutschland günstig gewirkt hat. Die Denkschrift ist ein rein militärisch-sachmännliches Gutachten und sachlich unangreifbar. General Ludendorff bezweifelt aber, daß es bei der Uneinigkeit der Kulturenationen und infolge der Spaltung innerhalb des deutschen Volkes möglich sein werde, noch rechtzeitig irgendwelche Maßnahmen gegen den Bolschewismus zu treffen. Es erscheint das um so schwerer, als die Beherrschung Deutschlands noch immer andauert. General Ludendorff sieht deshalb die Lage Deutschlands und Europas als sehr ernst an.

Die „Münchenener Post“ macht bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß der Plan nicht von Reckberg, sondern von dem Hauptgeneral Hoffmann entworfen worden sei. Die bayerischen Wels- und Offizierskreise hätten von dem Plan seit Monaten Kenntnis gehabt und auch der bayerischen Regierung sei er bekannt gewesen. Es handele sich bei dem Plan darum, ein Expeditionskorps von 250 000 Mann aufzustellen, das den Widerstand der Roten Armeen brechen und dem Räteystem ein Ende machen könne.

Die deutschen Monarchisten haben der Entente dieses Angebot natürlich nicht umsonst gemacht. Der Preis für die militärische Hilfeleistung ist die Zustimmung der Entente zu einem stärkeren preußisch-deutschen Heer, zur Verbeibehaltung der Degesch, zur allschweigenden Duldung eines monarchistisch-reaktionären Kurzes der deutschen Volkst. Mit einem Wort: Die deutschen Militaristen wollen auch nach außen hin ihre alte Machtstellung wieder aufrichten, sie rufen daher vor der Entente auf dem Bauch, bieten sich ihr als Büttel an, erklären sich bereit, das Lehen von Hunderttausenden zu verschandern, die gesamte deutsche Wirtschaft aufs Spiel zu setzen, nur um Gnade bei der Entente zu finden.

Damit dokumentieren die Herrschaften, die dem Volke vorwerfen, es habe seine nationale Würde verloren, daß sie selber bei jeder nationalen Schamegefühl sind. Es trifft sich gut, daß Deutschlands größte Manufaktur, die schlimmsten politischen Schädlinge: General Hoffmann und Ludendorff sich in einer Linie gefunden haben. Nachdem Ludendorff seinem Narzen, den Obersten Bauer, nicht mehr als Reklamedeser verwenden kann, bedient er sich des journalistischen Hanswurst Arnold Reckberg. Wenn dieser Kreis von Personen wieder maßgebenden Einfluß gewinnen sollte, dann wäre in der Tat Europas Schicksal

besiegelt. Wobei freilich bemerkt werden muß, daß Ludendorff als erprobter Ausreißer sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen verstanden würde, sobald die Sache schief geht, während das Volk, genau wie im Weltkrieg, die Kosten der verbrecherischen Politik zu tragen hätte.

## Die Pläne des Obersten Bauer

Vor einigen Wochen brachten wir eine eingehende Darstellung über die Pläne, die Oberst Bauer zusammen mit dem zaristischen General Biskupsky und der Horthregierung in Ungarn zur Bekämpfung der bolschewistischen Bewegung und der Wiederaufrichtung der gestürzten Monarchie in Europa abgeschlossen hatte. Die Pläne waren, teilweise mit Dokumenten belegt, von der in Prag erscheinenden sozialrevolutionären Zeitung „Wolja Rossij“ zuerst publiziert worden. Unsere Veröffentlichung fand in der deutschen Presse kaum Beachtung. Einige Wochen später griffen englische und französische Zeitungen die Verschwörerpläne des Obersten Bauer auf und nun gelangten sie auf dem Umweg über Paris und London in die deutsche bürgerliche Presse.

Die Pläne Bauers trugen durchaus den Stempel der Glaubwürdigkeit, und wir hielten sie heute noch für absolut echt. Bauer, Biskupsky und ihre Spießgesellen in Horthungarn und Banen legten lediglich in gedrängter Form jene Gedanken fest, die in der deutschen reaktionären Presse seit Monaten erörtert werden, und für die ja im übrigen auch Ludendorff und General Hoffmann erst längst wieder eingetreten sind. Jetzt wird nun behauptet, die von dem Prager sozialrevolutionären Blatt „Wolja Rossij“ veröffentlichten Pläne und Dokumente seien gefälscht. Der Wiener Korrespondent des „Daily Herald“ behauptet sogar, die Pläne und Dokumente seien vor der Veröffentlichung in Prag durch die tschechische Regierung mehreren ausländischen Zeitungen zur Veröffentlichung angeboten worden, darunter auch der „Freiheit“. Wir stellen fest, daß uns von keiner Seite ein derartiges Anerbieten gemacht worden ist. Wir erhielten von den Dokumenten erst Kenntnis, als sie in der „Wolja Rossij“ erschienen waren, und halten an ihrer Echtheit aus den oben angeführten Gründen nach wie vor fest.

## Unwahre Nachrichten

### Die empfindsame Reise nach Rußland

Das Wolff-Bureau verbreitet unter dem 14. Januar folgende Nachricht:

In der hiesigen Universität hielt der amerikanische Sozialist Schwarz aus San Francisco, der im Auftrage der American Federation of Labour zusammen mit seiner Frau dem zweiten Kongress der Dritten Internationalen beigewohnt hat, einen Vortrag über seine Erlebnisse in Rußland. Schwarz wurde, wie er berichtet, mit seiner Frau ins Gefängnis geworfen, als die Räteregierung erfuhr, daß er sich abfällig über die russischen Zustände geäußert habe. Schwarz beschuldigt Crispian, Dittmann, Däumig und Stöcker, die vier deutschen Delegierten, der Räteregierung seine privaten Äußerungen hinterbracht zu haben. Schwarz und seine Frau, die im Gefängnis die Nahrungsaufnahme verweigerten, wurden auf ihren Protest schließlich freigelassen, aber erneut gefangen genommen, als sie die 3000 Dollar amerikanischen Goldes, die man ihnen abgenommen hatte, zurückerlangten. Auf einen weiteren Protest wurden sie dann schließlich mittellos entlassen und nach Kewal abtransportiert, wo die Frau des Amerikaners an den Folgen des Hungerstreiks starb. Als Schwarz in Kewal einen Vortrag vor Arbeitern halten wollte, wurde er über die Grenze abgeschoben und erhielt von Lukowski im Auftrage Tschischerins 500 englische Pfund ausgezahlt.

Dazu bemerken wir, daß die Beschuldigung, die der amerikanische Sozialist Schwarz gegen unsere Genossen Crispian und Dittmann vorgebracht haben soll, selbstverständlich jeder realen Grundlage entbehrt. Schwarz und dessen Frau haben in Moskau unsere Genossen aus eigenem Antrieb besucht. Dabei drehte es sich um allgemeine Gespräche, die durchaus harmloser Natur waren. Ueber die Zustände in Sowjet-Rußland hat Schwarz sich stets mit großer Zurückhaltung geäußert. Unsere Genossen sind keine Äußerungen von Schwarz bekannt, die ein Vorgehen der Sowjetregierung gegen ihn auch nur scheinbar hätten rechtfertigen können. Schwarz und dessen Frau waren nach ihren eigenen Darlegungen große Freunde der russischen Bolschewisten und

wollten den Beitritt ihrer Partei zur kommunistischen Internationalen anmelden. Sie gingen in ihren Bemühungen, den russischen Kommunisten als würdige Bundesgenossen zu erscheinen, viel weiter als unsere Genossen es mit ihrem Auftrag vereinbaren konnten. Als dann die Genossen Crispian und Dittmann von Genärzten hörten über Verhaftungen von Amerikanern, haben sie sofort bei den russischen Kommunisten angefragt, ob es sich etwa um Schwarz und dessen Frau handele, die sich seit einiger Zeit nicht mehr hatten sehen lassen. Unseren Genossen wurde mitgeteilt, das sei nicht der Fall. Schwarz und Frau wären bereits abgereist. Das erschien unseren Genossen unglaublich, sie stellten weitere Ermittlungen an. Dadurch erfuhren sie dann, daß Schwarz und seine Frau „nur vorübergehend isoliert“ seien, durch eine Art Hausarrest, um sie an ihrer Abreise nach Amerika zu verhindern. Und zwar sollte damit einem Wunsche amerikanischer Kommunisten entsprochen werden sein. Die amerikanischen Kommunisten fürchteten, von Schwarz in Amerika denunziert zu werden, wenn er früher als sie dort angekommen wäre.

Crispian und Dittmann haben dann noch einmal auf der Rückfahrt in Petersburg Sinowjew gesteckt und sich abermals nach dem Verbleib von Schwarz und Frau erkundigt. Sinowjew war sehr verlegen darüber, und besonders unangenehm war es ihm, wenn Schwarz und dessen Frau wirklich ins Gefängnis geworfen seien, daß sie dann öffentlich Lärm schlagen würden. Die Vermutungen der russischen Kommunisten, als ob es sich bei Schwarz um einen Spion handeln könnte, wurden von unseren Genossen als unbegründet zurückgewiesen. Sie waren davon überzeugt, daß Schwarz ein durchaus harmloser Mann war.

Schwarz hat nach seiner Rückkehr aus Rußland noch am 14. Januar unseren Genossen Crispian persönlich aufgesucht und sich mit ihm in der freundschaftlichsten Weise unterhalten. Dabei hat Schwarz mit keinem Wort erkennen lassen, daß er und seine Frau geglaubt haben, von unseren Genossen der Sowjetregierung denunziert worden zu sein. Im Gegenteil, Schwarz konnte sich davon überzeugen, daß unsere Genossen aus sozialistischer Solidarität und aus Gründen der Menschlichkeit sich mit allem Nachdruck für Schwarz und seine Frau in Rußland eingesetzt haben. Wir müssen nach allem annehmen, daß es sich hier entweder um ein Mißverständnis handelt oder um ein Phantasieprodukt des Wolffschen Telegraphenbureaus.

## Die Wirtschaftskrisis in England

### Krisis unter den Eisenbahnern

Die Arbeitslosigkeit hat auch in England einen großen Umfang angenommen und die Zahlen der Arbeitslosen zeigen eine fortgesetzt steigende Linie. Nach einigen Meldungen sind Hoffnungen gelöst und Bergwerke stillgelegt worden. Große Fabriken aus allen Industriezweigen kündigen umfassende Kurzarbeit an oder haben sie schon durchgeführt. Wie weit alle diese Meldungen zutreffen, läßt sich nicht im einzelnen nachprüfen. Sicher erkennbar ist aber, daß die englische Industrie von einer tiefgehenden Wirtschaftskrisis heimgesucht wird, unter der die Arbeiterschaft maßlos leidet.

Jetzt droht auch der Geschäftsausschuß der Eisenbahngesellschaften mit der Einführung von verkürzter Arbeitszeit. Die organisierten Eisenbahner wenden sich dagegen auf Grund eines günstigen Abkommens, nach dem jeder, der auf seinem Posten erscheint, den vollen Arbeitslohn zu erhalten hat. Die Stimmung unter den Eisenbahnern wird als sehr erregt geschildert, so daß es nicht unmöglich ist, daß die Bewegung mit Kurzarbeit der Ausgangspunkt einer größeren Bewegung der englischen Eisenbahner sein wird.

Urb. Tel. London, 15. Januar 1921.

In dem Londoner Vorort Ziford hat ein Streik der Gemeindeangestellten und Elektrizitätsarbeiter das ganze wirtschaftliche und öffentliche Leben stillgelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt nur 500, aber infolge Mangels an Elektrizität mußten die Straßenbahn und die Fabriken ihre Tätigkeit einstellen, weshalb etwa 5000 Arbeiter feiern müssen.

Kraffin abgereist. Der Sowjetvertreter Kraffin, der von London kommend, für einige Tage in Berlin Aufenthalt und im Sanson-Hotel Wohnung genommen hatte, ist heute vormittag mit dem Rigaer Zug über Riga nach Moskau abgereist.

## Mit Liebnecht im Zuchthaus

### Erinnerungen eines Zellennachbarn.

Heute vor 2 Jahren wurden Liebnecht und Kops Dapenburg von deutschen Offizieren in der Gefangenschaft erwischt.

„Du bist nun ein gefangener Mann, Gott hat es nicht haben wollen, daß Du Deine Freiheit länger zu bösen Taten mißbrauchst!“ — So stand in der Zuchthaus-Ordnung geschrieben.

Sinnend sah ich in meiner Zelle. Also: Gott hat es nicht haben wollen, daß ich, als ich vor Hunger kaum weiter konnte, bei dem Wäckermeister Franz Riegel in die Badstube kletterte und Brot und Mehl stahl, um meinen Hunger zu stillen. Kein, das wollte er nicht. Deshalb wurde ich ins Zuchthaus gesteckt. Ob dieser Gott auch wollte, daß sich Millionen von Menschen für die Interessen einiger gewissenloser Nachhaber totschießen? Ob er auch wollte, daß Millionen armer Leute sich nicht fressen können, nur weil die Nachhaber an läppig gedekteter Tafel den Krieg gewinnen wollten? Ob es wohl wirklich eine so große Sünde war, daß ich das Brot stahl? — Wählich wurde ich durch die Stimme eines Aufsehers aus meinem Grübeln aufgeschreckt.

„Abteilung 9 und 10 zur Freistunde fertigmachen!“  
Kasselnb wurden die Kiesel an den Zellentüren zurückgeschlagen. „Abteilung 9 und 10 raustreten!“ —

Kengstlich trat ich aus meiner Zelle. Rechts neben mir stand ein junger Mann, anscheinend 20 bis 21 Jahre alt, links neben mir ein Mann mit etwas struppigem Haar, mit einer Brille, ungefähr 45 bis 50 Jahre alt. Ich mußte wohl etwas ängstlich dreingelächelt haben, denn der Mann mit der Brille nickte mir einen freundlichen Gruß zu und sagte leise: „Sie müssen Ihre Zelle zuriegeln und dann: Kopf hoch, nicht verzagen!“

Diese Worte waren in so freundlichem Tone gesprochen, daß ich, der seit monatelanger Untersuchungshaft nur den Kasernenhof der Aufseher gewöhnt war, ein herzliches Vertrauen zu diesem Manne faßte. — „Links um, rausgehen!“ rief nun der Aufseher.

Auf dem Hofe standen zwei Aufseher mit geladenen Karabinern. Wir mußten mit 5 Schritt Abstand hintereinander auf dem Hofe herumgehen. Das war unsere Freistunde. Ich fragte den freundlichen Herrn, der vor mir ging: „Wie lange bleiben wir auf dem Hofe?“ „Eine halbe Stunde,“ sagte er.

„Liebnecht halten Sie Ihren Mund!“ brüllte der Aufseher. Neugierig schaute ich mich um. Wer von diesen Männern mochte wohl Liebnecht sein? Also der war auch hier. Wählich erkannt ich mich, daß Liebnecht Zuchthaus bekommen hatte.

Ich fragte daher meinen Vordermann: „Sagen Sie mal, welcher ist denn eigentlich Liebnecht?“ Mein Vordermann lächelte verächtlich. „Na, welchen halten Sie denn für Liebnecht?“ fragte er mich. „Das ist schwer zu raten, wir sehen alle gleich aus, übrigens kenne ich Liebnecht nicht.“ „Das will ich Ihnen gerne glauben,“ sagte er. „Aber seien Sie lieber still, sonst erwischt Sie der Rührspieß und zeigt Sie womöglich an, das möchte ich nicht gerne. Wir können uns aber in der Zelle an der Heizung unterhalten.“

Nach einer halben Stunde ging es wieder in die Zelle. Kaum waren wir eingeschlossen, da klopfte mein Nachbar an die Wand. Ich ging zur Heizung, da hörte ich ihn auch schon sagen: „So, nun können wir uns unterhalten!“

Zur Erklärung muß ich folgendes bemerken: Die Zellen hatten eine Wasserheizung. Dort, wo die Röhren der Heizung von einer Zelle zur andern gingen, war immer ein kleiner Zwischenraum. Wenn man sich nun auf die Knie hockte und das Ohr an die Heizung legte, dann konnte man sich ganz gut im Flüsterton unterhalten, nur durfte man sich nicht von dem Aufseher erwischen lassen, sonst bekam man sicher drei Tage Arrest.

„Also, lieber Nachbar, Sie wollen wissen, wer der Liebnecht ist, nun das bin ich selbst.“ Etwas verdutzt hörte ich diese Worte aus der Nebenzelle kommen. „Na Herr Doktor, dann müssen Sie mir schon meine Neugierde während der Freistunde verzeihen,“ suchte ich mich zu entschuldigen. „Keine Ursache, aber lassen Sie bitte den Herrn Doktor aus dem Spiel, ich heiße Liebnecht und damit basta. Wie heißen Sie eigentlich?“

Ich nannte meinen Namen. — „Aus Berlin?“ fragte er. „Ja, aus dem Südwesten, Heimstraße 18.“ „Na M... Sie haben heute morgen nicht gerade mutig drein, aber das gibt sich bald.“ „Lieber Doktor, ich habe mir das Zuchthaus so fürchtbar vorgestellt, ich habe wirklich Angst vor dieser schrecklichen Einsamkeit,“ sagte ich. „Vor allen Dingen lassen Sie den „Doktor“ in Ruhe,“ wiederholte er, „was die Einsamkeit anbelangt, so gewöhnt man sich daran, zweitens wollen wir schon gute Nachbarschaft halten und uns die Zeit vertreiben.“ Ich dankte aufrichtig für diesen Vorschlag, nur daß ich, ihn mit Doktor anspiechern zu dürfen, da er doch viel höher über mir stünde. „Sie sind ein Affe,“ sagte er, aber ich hörte doch, daß der Ausdruck nicht böse gemeint war.

Ich hatte an Liebnecht fortan einen wirklichen Freund in der Not. So manche liebe Stunde hat er mit mir simplem Schneider auf den Knien gehockt und sich unterhalten. Die Welt hat ihn gehockt, ich habe ihn aber innig lieben gelernt. Nicht als Politiker, nicht als Freiheitskämpfer, sondern als Kameraden und Mitgefangenen und Freund, kurz als Menschen.

Doch lassen wir mein Tagebuch sprechen. Da ich stenographieren

kann, so habe ich viele Gespräche mit ihm wörtlich niedergeschrieben.

Sonntag, den 9. Juni 1918.

Wir sprachen heute, an der Heizung hockend, über den Krieg. Liebnecht äußerte sich folgendermaßen: „Könnten unsere Herrscher beim Beginn eines Feldzuges alle die armen Greise und unglücklichen Mütter sich vorstellen, denen sie gewissermaßen das Herz und die Eingeweide aus den Leibe reißen, um ihren Ehrgeiz zu befriedigen, könnten sie die Tränen sehen, ihre Seufzer hören, bei der Nachricht: Euer Kind ist tot, nie werdet Ihr es wiedersehen, es hat sein Leben unter den Hufen der Pferde ausgehaucht, oder ist von einer Kugel zerhackt, oder in einem Krankenhaus verstümmelt, im Fieberwahnsinn trostlos dahingeseht und hat Euch gerufen, wie er als Junge es getan, könnten sie sich die Tränen dieser Mütter vorstellen, nicht einer, glaube ich, würde so hoch sein, weiter Krieg zu führen. Aber die Herrscher denken an nichts und halten das Volk für dumm.“

Freitag, den 14. Juni 1918.

Heute erhielt Liebnecht ein Paket mit Lebensmitteln. Er klopfte an die Wand und erzählte mir, was er alles für schöne Sachen bekommen hatte. Mir lief das Wasser im Munde zusammen. Aber da sagte er auch schon: „So lieber Rähig, nun wollen wir beide mal unsere Verstandskommode anstrengen, wie wir es anstellen, daß ich Ihnen von meinem Paket etwas geben kann, ohne daß der Aufseher etwas merkt.“ Wir saßen hin und her, er machte Vorschläge, ich machte Vorschläge, aber alle ließen sich nicht ausführen. Ich sah schon längst wieder bei meiner Arbeit, als Liebnecht stürmisch an die Wand klopfte. Erstaunt ging ich zur Heizung, da hörte ich ihn auch schon rufen: „Rähig, jetzt habe ich eine Idee. Passen Sie mal auf: Ich nehme den Bindfaden von meinem Paket, binde da meinen Pantoffel ran und pendle solange hin und her, bis Sie ihn bei Ihrem Fenster fangen können. Dann binde ich an das andere Ende das, was ich Ihnen geben will, und Sie ziehen es zu sich rüber.“ Gesagt, getan. Nach 10 Minuten sah ich schon beim Schmause.

Sonntag, den 25. August 1918.

Heute sprach der Anstaltsgeistliche über die Auferstehung und das Himmelreich. Als ich Karl Liebnecht fragte, ob er an eine Auferstehung des Menschen glaube, sagte er mir: „An eine Auferstehung glaube ich nicht. Ich wünsche sie auch nicht. Ich will nicht noch einmal leben und will still schlafen unter dem Baumlaub. Ich werde zu Staub werden und des Baumes Wurzel werden; ich werde aufsaugen, damit auch aus mir ein Baumblatt werde; ein anderes Leben wünsche ich nicht. Ich will in den Ädern des grünen Baumes leben, den eine liebevolle Hand



# Bürgertum und Wohnungsluxus

## Die Flucht vor dem Steuerzahler

Die von dem Steuerausschuss der Stadtverordnetenversammlung angenommene Wohnungsluxussteuer ist, wie wir in unserer Donnerstag-Abendausgabe eingehend nachgewiesen haben, nur eine Steuer auf den wirklichen Wohnungsluxus. Sie enthält mehrere Sicherungen gegen unbillige Härten und bewegt sich selbst bei den Steuerzählern in sehr erträglichen Grenzen. Trotzdem sucht die bürgerliche Presse den Anschein zu erwecken, als ob diese Steuer von der Masse der Bevölkerung, oder wie sie es ausdrückt, von dem Mittelstand zu tragen wäre. Sie richtet gleichzeitig heftige Angriffe gegen die sozialistische Mehrheit, die diese Steuer beschloffen hat, Angriffe, die die Steuerzähler der besitzenden Kreise deutlich erkennen lassen. Den Gipfel in dieser Polemik erklimmt Herr Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“.

„Dabei stellt sich immer deutlicher heraus, daß die sozialistische Mehrheit, obwohl in manchen Dingen unter sich gespalten, doch darin übereinstimmt, die besser situierten Kreise mit geradezu konsistorialistischen Steuern zu erdrücken. Die im Ausschuss gestern beschlossene Verschärfung der Wohnungsluxussteuer, die in Wirklichkeit eine unerträgliche Besteuerung des kleinen Mittelstandes bedeutet, gibt dafür bereits einen Aufschluß ab.“

Wir können es verstehen, daß die Kreise, die bisher die Steuerzahlung immer an die anderen überlassen haben, laut aufschreien, wenn sie zahlen sollen oder Wohnräume abgeben müssen. Ihre Wut ist ja auch vor allen Dingen entstanden durch die Beseitigung der Bestimmungen, die ihnen die leichte Umgehung dieses Gesetzes ermöglichen sollte. Was Herr Michaelis aber behauptet, übersteigt doch bei weitem das erlaubte Maß von Uebertreibung und Entstellung. Denn weder ist bisher in Berlin irgendeine „konsistorialistische Steuer“ beschlossen worden, noch kann er einen Beweis dafür antreten, daß die Wohnungsluxussteuer „eine unerträgliche Besteuerung des kleinen Mittelstandes“ bedeutet.

Wenn die Demokraten bei dieser ablehnenden Stellung gegenüber der Wohnungsluxussteuer beharren wollen, so kann das den sozialistischen Parteien nur an gehen sein. Denn diese Haltung wird vielen Tausenden von Angestellten und Beamten und Angehörigen des Mittelstandes, die unter der Wohnungsnot leiden und den Wohnungsluxus bekämpfen wollen, die Augen öffnen, daß sich die Demokratische Partei auch in der Stadtverordnetenversammlung den Schutz der Interessen der Besitzenden zur obersten Aufgabe gestellt hat.

Auch die übrigen Interessenten sind eifrig dabei, wie aus einem Rundschreiben des Hanja-Bundes hervorgeht, durch unflätige Behauptungen den Kampf gegen die Steuer zu entfachen. Der Hanja-Bund hat sogar die grandiose Entdeckung gemacht, daß durch diese Steuer die Vaulst gehemmt und eine noch größere Arbeitslosigkeit (!) herbeigeführt würde. Er beruft für Sonntag, den 16. Januar, in den Kaiseraal des Rheingold eine Versammlung ein, in der der Reichstagsabgeordnete Obermeister Knieß sprechen soll. Doch auch diese Aktion wird nichts nützen, denn da die Steuer notwendig und gerecht ist und beitragen wird, den Wohnungsluxus einzudämmen, werden auch die größten Entstellungen ihrer Wirkungen ihre Einführung nicht zu hindern vermögen.

## Nachlese zum Landtagschluß

Die preussische Landesversammlung ist Freitag abend nach Schluß und Dankensworten auseinandergegangen, nachdem in den letzten Stunden mit Hochdruck die noch vorliegenden Gesetze im Eiletempo erledigt worden waren. Die bürgerlichen Parteien haben aber durchgehend, daß wichtige für die Allgemeinheit dringend notwendige Gesetze in der Verfertigung verschwunden sind.

So haben sie die Erledigung des Hebmengengesetzes verhindert, das einen kleinen Anfang der Sozialisierung des Hebmengens darstellt und das geeignet gewesen wäre, den vielen in Kisten befindlichen Müttern wirksame Hilfe zu bringen. Sie haben verhindert, daß die kleine Novelle zum Kommunalabgabengesetz angenommen wurde, die den Gemeinden die Bahn für bestimmte Gemeindesteuern frei machen sollte. Grund: Es sollte verhindert

auf mein Grab gepflanzt. Ich glaube auch nicht an solch einen unarmherzigen Gott, der uns elende Geschöpfe übers Leben hinaus zu leiden befehlet. Mein Gott ist die barmherzige Natur, die im Tode dem Tote, dem Baume und dem Menschen ewige Ruhe verleiht.“

„Was halten Sie von Hölle und Teufel?“ fragte ich.  
„Wenn mir der Geistliche aus der heiligen Schrift zeigt, wann Gott Hölle und Teufel geschaffen, dann will ich daran glauben, aber Hölle und Teufel sind von den Pfaffen erfunden, um die arme, elende Menschheit in Sklavensklaven zu halten.“ „Wirklich, da muß man Ihnen Recht geben, nur über der Frage der Auferstehung wird immer ein Schleier bleiben, den niemand lüften wird.“ „Dieser Schleier wird von selbst schwinden, wenn die Menschheit erst von dem Aberglauben befreit sein wird, daß es nach dem Tode ein Weiterleben gibt.“ Lange habe ich über diese Worte nachgedacht, bis ich einschlief.“  
Hier endigt mein Tagebuch aus dem Zuchthaus von Ludau, aus dem ich nur einige Bruchstücke mitgeteilt habe. W. M.

## Goethe im Staatstheater

### Neueinstudierung von Torquato Tasso

Goethes Schauspiel ist hundert Jahre nur von wenigen verstanden worden. Auf dem Theater hatte es selten Erfolge. Freitag wurden unter stürmischem Beifall von allen Rängen und im Parterre die Namen der Schauspieler und des Regisseurs genannt. Aber diese Zuschauer gingen auch schweigend weg. Verärgert, besorgt.

Die wunderbare diese Dichtung ist, daß wir sie im Wandel unserer Gefühle stets neu verstehen und lieben lernen! Nach Jahren eines unbeschränkten Goethe-Kultus schien mir der Tasso plötzlich klein geworden zu sein. Die äußere Handlung ließ die innere nicht mehr zur Entfaltung kommen. Die geistige Artigkeit des Tasso, der Hellsichtswahrer, der offensichtlich am Hofe von Ferrara herrschte, verdeckte die ergreifende Menschlichkeit der Dichtung. Es ließ gleichgültig, daß der Held zugrunde gehen sollte, weil er gegen die Eitelkeit die Schwester des Herzogs zu Hüfen suchte und seinen Degen gegen den Minister zog.

Waid konnte ich feststellen, daß meine Entzückung kein persönliches Erlebnis war. Viele Sozialisten, besonders die jungen Intellektuellen, empfanden ähnlich.

Haben wir gegen Goethe recht behalten? Goethes ungeheure Ueberschätzung der Sitte, die hier scheinbar zum Ausdruck kommt, fanden wir „bürgerlich“. Aber vielleicht waren wir die Bürger, daß wir die Hemmungs- und Bedenkenslosigkeit des genialen Dichters Tasso so berechtigt fanden! Gerade als Sozialisten erscheint uns jetzt dieser alles wild an sich reisende Dämon nicht als der zügellose Geist des Stückes, sondern als ein Romantiker, ein Geschöpf feindlicher Reaktion, das mit seinem Ich gegen die ganze Gesellschaft aufzutreten will, weil es zu schwach ist, sich ihr einzuliefern.  
Was verleiht Tasso? Die Sitte eines aristokratischen Ästhetens. Das ist nicht viel. Aber auf das „was“ kommt es auch

werden, daß die Gemeinden bestimmte Besitzsteuern erheben können.

Sie haben verhindert, daß das Gesetz über die Selbstbewirtschaftung staatlicher Domänen erledigt wurde, weil sie meinen, ihre Klagen gegen den alleinigen Privileg, die Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung zu befürworten. Diese Proben aus den letzten Tagen beweisen, wie sehr die Rechtsparteien es verstehen, ihre Interessen zu wahren.

## Die verdienten Ohrfeigen

### Die Kommunisten als halblöse Opportunisten

Die Vereinigten Kommunisten haben Recht. Auch die von der Moskauer Internationale als „sympathisierende“ Partei aufgenommene K. A. P. D., die deshalb doch vor allem den Absichten der Vereinigten Kommunisten sympathisch gegenüberstehen müßte, durchschaut den nicht allzu schlau begonnenen Plan vermittels eines „Offenen Briefes“ die haufenweise von den Kommunisten enttäuschten Karren in die Irre zu führen. Sie lehnt in einem Artikel in Nr. 161 der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ das Zusammengehen mit der K. A. P. D. entschieden ab.

In diesem Artikel heißt es u. a.:  
„Eine Aktion auf dieser trügerischen Grundlage können wir nicht als eine ernsthafte revolutionäre Aktion betrachten. In ihr würde sich vielmehr ungezügelt auswirken jener Geist des halblösen Opportunismus, den wir in der dritten Internationale und in der deutschen kommunistischen Partei seit ihrem Niedergang nach dem Tode von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stets bekämpft haben und stets bekämpfen werden.“

Die Forderungen der K. A. P. D. sind opportunistisch, die Mittel, mit denen sie die Aktion durchführen will, sind dagegen überhaupt nicht bezeichnet. Und dieses Schweigen ist ein schlüssiger Opportunismus als alles andere. Dieses Schweigen ist diktiert von der Absicht der K. A. P. D., sich jeden möglichen Weg offenzubehalten — große Massen unklarer Arbeiter anzulocken, und dann mit ihnen im Laufe der „Aktion“ jede Rückwärtsbewegung mitmachen zu können. Wir wiederholen: eine solche Politik der Halbheit, der bewußten Illusionsjücherei machen wir nicht mit.“

Diese, wie jeder objektiv empfindende Leser des Artikels zugeben wird, sehr bedeutungsvollen, wenn nicht sogar entscheidenden Absätze des Artikels werden in der „Roten Fahne“, die den Artikel der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ sonst sehr ausführlich wiedergibt, nach befristeter Rücksicht manier einfach fortgelassen. Aber noch mehr! Damit die Leser der „Roten Fahne“ auch ja nichts von den der K. A. P. D. gemachten Vorwürfen erfahren, wird auch jede Polemik dagegen unterlassen. Die K. A. P. D. nimmt also, um unterzugehen zu können, die Ohrfeigen ruhig hin, die die K. A. P. D. ihr verdienstermaßen erteilt.

Sie bleibt also verlassen. S. P. D., U. S. P. D. und K. A. P. D. fallen ebenförmig auf ihren letzten Demagogentrick herein, wie die Massen der Arbeiter, die zu dem Führerfüngel, der bisher seine Aufgabe in der Zerstückelung der Arbeiterkämpfe und der Zersplitterung ihrer Organisationen gesehen hat, kein Vertrauen hat.

## Rechtssozialistische Dolchstoßkapostel

Die Legende, daß das deutsche Heer „von hinten erdolcht“ worden sei, gehörte bislang zu dem ehernen Agitationsstoff der Rechtsparteien. Jetzt haben sich auch gewisse Rechtssozialisten ihrer bemächtigt. Schon vor Wochen schrieb der „Vorwärts“ von einem „durch List erzwungenen Waffenstillstand“. Der Rechtssozialist Hug aus Oldenburg geht noch weiter. Er schreibt in seinem Wilhelmshavener Parteiblatt folgende Sätze:

„Auch heute steht geschichtlich loval fest, daß wir bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erhalten hätten, wenn es möglich gewesen wäre, die Verteidigung nur noch wenige Tage oder Wochen aufrechtzuerhalten.“

Hug hat damit das Reifezeugnis erbracht, als Ehrenmitglied bei den Alldeutschen aufgenommen zu werden. Er konnte von seinem warmen Ofen aus natürlich nicht wissen, wie es Ende 1918 an der Front aussah. Aber daß er zwei Jahre nach dem Zu-

nicht an. Goethe ist hier nur zufällig Vertreter einer aristokratischen Eitelkeit, die Eitelkeit ist ihm nur ein Sinnbild. Ein Gleichnis für das Leben der Gesellschaft überhaupt, die ohne Formen nicht denkbar ist.

Wer sich mit den Hoffkreisen nicht verfühnen kann, die in diesem Stück gegen Tasso recht behalten, der mag nur die Linie vom Tasso zum Faust fortziehen, um zu verstehen, warum Goethe den Tasso in sich überwinden wollte. Auch Faust ist so ein Dämon, aber schließlich findet er als Hundertjähriger seine Erlösung durch seine Einordnung in die schaffende Gemeinschaft dadurch, daß er sich dem Gegebenen hingibt.

Goethes Dichtung ist in sich so vollkommen, daß der kleine Konflikt, wenn man ihn recht versteht, wie ein ungeheurer erscheint. In dieser Welt der unruhigen weiblichen Zartheit ist eine häßliche Gebärde schon ein Verbrechen. Am ergreifendsten ist es deswegen, daß die kleine Gesellschaft wegfährt und Tasso allein läßt. Tasso zerbricht nicht an der Welt — sie flieht, sie zerfällt vor ihm!

Landauer hat den „Tasso“ die menschlichste deutsche Dichtung genannt. Sie ist wahrscheinlich auch die schönste. Die fünf Aufzüge rauschen von Musik und haben dabei eine Form wie ein langamer Satz von Beethoven. Die fünf Personen gut oder auch nur gleich zu bezeichnen, war noch niemals möglich. Licht und Seele der Ausführung ist die Prinzessin von Johanna Hoyer. Auch sie hat nicht alles für die Rolle. Aber die Verse kommen wie ein rhythmisches Wogen aus ihrem Munde, und mit der zarten, schönen Belebung, die die Prinzessin zur edelsten Frau der dramatischen Literatur macht. Zum Tasso fehlt Lothar Mühlert fast alles. Vorläufig spielt er zu Goethes Text etwa den Schillerschen Melchthal. Einiges rein Schauspielerei bewies von neuem sein großes Talent. Aber sein Tasso war weder Dichter noch Dämon noch Melancholiker, und erst die letzte Szene des vierten Aktes verleiht ein Herz. Decarli als Antonio, Dagny Serrae als Leonore waren schon akademisch gewordene Fertigkeit ohne persönlichen Reiz. Eine kleine Kabinetsleistung in Rasse, Sprache und Gestik war dagegen der Herzog von Otto Laubinger. Und doch war die Ausführung schön und viel mehr als die Summe der Einzelleistungen. Die Regie von Dr. Berger gab ihr Adel und Menschlichkeit, und in Verbindung mit dem Kaiser Birhan war ein klassischer Stil geschaffen worden, der Goethes Gedicht wie einen schönen Traum zum Klängen und Leben brachte.

Felix Stöllinger

## Tages-Notizen

**Kunstvereinstellungen unserer Dichters.** 8. Dichters am 15. Jan. abends 7½ Uhr, im Museum Lichtenberg, Kleinsch. 8. ein kleinerer Waffelabend zu dem für 2. etwas früher geboten wird. Eintrittskosten bei den Funktionen sind in der Regel.  
**Uebungsabend.** Kunsthaus Sonntag, 16. Jan., nach 6½ Uhr, im Gesellschaften. Das bestmögliche Kulturbild. Vortrag, Spiel, und Anzeigebogen, Kellertionen. Eintrittskosten 2 M. einfl. Programm.

**Gründungsabend der nächsten Woche.** 18. Dichters: Sonntag, am 18. Okt., im Theater, Kammersaal am 20. Raum 121. 2. Dichters: am 21. Nov. Kammersaal am 20. Raum 121. 3. Dichters: am 22. Dez. Kammersaal am 20. Raum 121.

Jammenbruch immer noch nicht weiß, daß durch einen weiteren Kampf, auch nur von zwei oder drei Wochen Dauer, das deutsche Heer mit Mann und Maus vernichtet worden wäre, das stellt seiner geistigen und politischen Denkwürdigkeit das allerhöchste Zeugnis aus.

**Die Braunkohlenpreise.** In der Angelegenheit der Preis-erhöhung für Braunkohle konnte zwischen den verhandelnden Arbeiter- und Unternehmervertretern keine Verständigung erzielt werden. Die ganze Frage wurde nunmehr einem Schiedsgericht übergeben, das Freitag um 4 Uhr nachmittags im Reichsarbeitsministerium zusammengetreten ist. Der Spruch dieses Schiedsgerichts ist für Sonnabendmittag zu erwarten.

**Das deutsche Eigentum in Belgien.** Der belgische Rat für Handel und Industrie stellt sich nach einer Mitteilung des Stadtrates Strauß, auf den Standpunkt, daß alles liquidierte deutsche Eigentum so schnell wie möglich liquidiert werden müsse, daß man aber für die Zukunft vom Recht der Beschlagnahme absehen muß.

**Die internationale Reaktion.** Das Direktorium des Vereins „Erwachendes Ungarn“, der bekannten gegenrevolutionären Vereinigung, erstattete in der gestrigen Vereinsitzung die Meldung, daß der Verein mit dem Deutschen Schutz- und Trutzbund in ein enges Kartellverhältnis getreten ist.

## Unsere Wahlversammlungen

### Neußölln

Die öffentliche Versammlung in Rietms Festhale war überfüllt. Genosse Klausner sprach über die Landtagswahlen und zeigte, daß die Arbeiter auf parlamentarischem Wege ihr Ziel allein nicht erreichen können. Die Schuldenlast Deutschlands ist jetzt bereits auf 400 Milliarden Mark angewachsen, die besitzenden Klassen drücken sich vor der Steuer. Ketten kann uns aus diesem Elend nur eine revolutionäre Umgestaltung des Staates. Der Redner wies dann auf die Sünden der S. P. D. in den Parlamenten hin, die in diesen Fällen reaktionären Gesetzen zugestimmt hat, nur um ihre Regierungsposten zu behalten. Auch der Kampf um die Sozialisierung wird nicht in den Parlamenten seinen Abbruch finden, sondern nur durch die geschlossene Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Erfolg geführt werden können. In der Diskussion sprach ein Kommunist in der bekannten heftigen Weise. Als er mehrmals durch Hetzerlausaussprüche unterbrochen wurde, erklärte er, die K. P. D. würde zukünftig sämtliche U. S. P. Versammlungen in Neußölln freigen und zum Zeichen seiner geistigen Ueberlegenheit zog er eine Trillerpfeife aus der Tasche und piff mehrmals in den Saal. Die Versammlung entzog dem Helden darauf das Wort. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die der gemordeten Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedenkt und ihre Empörung auspricht über die Klassen- und Schandjustiz, die Mördern außer Verfolgung setzt und Arbeiter in die Zuchthäuser wirft.

### Moabitier Gesellschaftshaus

In einer gut besuchten Versammlung sprach Genosse Leid im Moabitier Gesellschaftshaus. Die Versammlung drückte die Nachforderung aus, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind. In scharfen Worten geißelte Genosse Leid die Steuerpolitik, die Zustände auf dem Gebiet des Justiz- und Unterrichts-wesens und brandmarkte die gewinnlüstige Politik der wieder-erhalten preussischen Unterlasten. Er zeigte weiter, wie trotz der bestehenden Finanznot für alle möglichen Zwecke Geld da ist, so für eine Millionenabfindung der Hohenzollern, für die kostspielige Neugestaltung der Sicherheitspolizei, Werberennenpreise usw. und wie zur Bedung dieser überflüssigen Ausgaben gerade die arbeitende Bevölkerung herangezogen wird, die besitzenden Klassen aber gespart werden. Im bevorstehenden Wahlkampf gelte es, gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse, gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung anzustreben. In diesem Sinne wurde die U. S. P. in den Wahlen zu geben. In der Diskussion kamen mehrere kommunistische Redner zu Wort, die gegen die Politik unserer Partei die bekannten Angriffe erhoben. Doch gaben auch sie im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe dem Wunsch nach einer Einheitsfront des gesamten Proletariats Ausdruck. Eine von ihnen vorgelegte Resolution wurde von der Versammlung abgelehnt.

### Volgt-Theater

Die Versammlung im Volgt-Theater, Badstraße, war überfüllt. Genosse Kleber zeichnete in seinen Darlegungen die politische Situation und beschäftigte sich dann mit der verflochtenen Landes-versammlung. Er schloß mit einer Darlegung der zu erfüllenden Aufgaben und richtete den Appell an die Versammlung, alle Kräfte für den Wahlkampf einzusetzen. In der Diskussion sprachen trotz Aufforderung keine Gegner, nur die Genossen Kowak und Theodor Liebknecht untertrichen das Referat. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die U. S. P. wurde die Versammlung geschlossen.

## Aus der Wirtschaft

### Die Schiffsahrtstrife

In der Erwartung, daß der durch die direkten und indirekten Kriegsvorbereitungen gemaltig gesteigerte Warenbedarf der kriegs-betroffenen Staaten eine übermäßig große Nachfrage nach Schiffsraum im Gefolge haben werde, haben die Schiffreederei der Seemächtig den Schiffbau so forciert, daß innerhalb zweier Jahre nach Kriegsende nicht nur die Kriegsverluste an Schiffsraum wettgemacht wurden, sondern die Welttonnage weit darüber hinaus vermehrt wurde. Der Schiffsraum der amerikanischen Handelsflotte ist beispielsweise in dem einen Berichtsjahre 1919/20 um 3 415 720 Brutto-Register-Tonnen gewachsen, das ist mehr als die durchschnittliche Jahreszunahme der gesamten Welttonnage vor dem Kriege betrug!

Aber die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft hat sich auch hier bitter gezeigt. Während auf allen Verften der Welt sicherhaft Schiffe gebaut wurden, ging der Handelsverkehr infolge der Verelendung und der mangelnden Kaufkraft der kriegs-betroffenen Länder rasch zurück, statt der erwarteten Schiffsraumnot ist eine Ueberproduktion an Schiffsraum eingetreten, mit allen Begleiterscheinungen einer Ueberproduktion: die Frachttarifen sinken infolge der scharfen Konkurrenz der einzelnen Schiffahrtslinien; die Reeder legen, um ein weiteres Sinken der Frachttarifen zu verhindern, einen Teil ihrer Schiffe ab — wir haben von den Schiffskollisionen der englischen, norwegischen, dänischen, und belgischen Reeder berichtet; in den Vereinigten Staaten wird die Zahl der aufgelegten Schiffe auf 350 mit einem Kaufkraft von einer Million Brutto-Register-Tonnen geschätzt — und schließlich wird der Schiffbau wieder eingedrängt. Der Bau der Handelsflotte ging in England im letzten Vierteljahr um 22 182 Tonnen zurück, in allen schiffbauenden Ländern zusammen um eine Dreimillionen Tonnen. In den Vereinigten Staaten sind von den 627 Hellinges (den schiefen Ebenen, auf denen die Schiffe gebaut und herabgelassen werden) aller Verften kaum 200 in Betrieb, 11 Verften haben ihren Betrieb gänzlich eingestellt und so zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

### Der Rückgang des Handelsverkehrs

Ueber den Rückgang des Handelsverkehrs im Gefolge der Krise geben die Handelsstatistiken der einzelnen Länder Aufschluß. In England ging die Wareneinfuhr von 144 260 103 Pfund Sterling im November auf 142 785 245 Pfund Sterling im Dezember zurück, die Ausfuhr von 119 864 994 auf 96 620 523 Pfund Sterling. In den Vereinigten Staaten wurden im Oktober Waren im Werte von 732 Millionen Dollar ausgeführt, im November nur mehr 675 Mill. Dollar; die Einfuhr ging von 363 auf 321 Mill. Dollar zurück.



Die Bezeichnung der Berliner Straßenbahnlinien

Als noch der „blaue Amtsrichter“ und andere Straßenbahnlinien mit ähnlichen humoristischen Bezeichnungen die Straßen Berlins durchqueren, und als noch der letzte Wagen einer Linie mit rotem Licht als „Lumpenjammler“ die letzten Nachtschwärmer nach Hause brachte, fielen der elektrische Straßenbahnverkehr der Reichshauptstadt in den Anfängen. Jugendtage sind willkürlich, und der Volks Humor konnte sich vor 20 Jahren mit einer gewissen Liebe daran erfreuen, die verschiedenen Straßenbahnlinien nach ihren Farben und Zeichen schlagkräftig zu benennen. Anders heute! Die nüchternen Zahlen und bloßen Buchstaben haben infolge der weit über 100 angewachsenen Zahl der Straßenbahnlinien, die allein das Netz der früheren Großen Berliner Straßenbahn aufzuweisen hat, alle früheren Kennzeichnungen über den Haufen geworfen. Der Berliner sucht sich heute eine Straßenbahn nur noch nach Nummern und Buchstaben aus; höchstens für den Südring I hat sich die Bezeichnung „Mittelnbahn“ erhalten, weil diese Linie größtenteils durch unbedeute Gebiete fährt. Die Not der Zeit drängt die Straßenbahn zu weiteren Einnahmeweisungen. Die hundertförmige Kennzeichnung ist drauß und dran, nun auch die praktischen großen Seitennummern und Seitennummern an den Straßenbahnwagen zu verdrängen. Wie sich die Kennzeichnung der Berliner Straßenbahnlinien im Laufe der Zeit gewandelt hat und wie sie jetzt am zweckmäßigsten zu gestalten ist, das zeigt der bekannte Verkehrsachmann und frühere stellvertretende Verkehrsdirektor des Verbandes Groß-Berlin, Professor Ing. Giese, in einer Abhandlung in der heute erscheinenden Nummer der „Verkehrstechnik“. Es geht daraus hervor, daß von den vorhandenen 150 Straßenbahnlinien 107 in Berlin, Cöpenick und Spandau mit arabischen Zahlen, 4 mit römischen Zahlen und 20 mit großen Buchstaben bezeichnet werden. Nur noch 12 Linien der ehemaligen Siemensbahn, der alten Berliner Stadtbahn, der Ostbahn, der Teufower Kreisstraßenbahn und die Straßenbahn der Gemeinde Steglitz weisen keine besondere Kennzeichnung auf. Diese Unübersichtlichkeit ist nach der Übernahme des gesamten Straßenbahnnetzes auf die Stadtgemeinde Berlin nicht mehr haltbar und Professor Giese fordert die Vereinheitlichung der Linienbezeichnung. Schwerefaktoren sollen einheitliche Bezeichnungen erhalten, ähnlich wie es schon jetzt bei den Linien 14 und 114 ufm. der Fall ist. Für eine bessere Beschriftung der Seitennummern, trotz den Resten des alten Prof. Giese sehr zweckmäßig erscheinende Vorschläge. Die Wagennummern, die für die Fahrgäste keine besondere Bedeutung haben, müßten verkleinert und dafür die seitlichen Liniennummern um mehr als das Doppelte vergrößert werden. Außerdem empfiehlt er zur Kennzeichnung der Wagennummern die Nummernnummern. Im Zusammenhang hiermit befürwortet Prof. Giese eine Verbesserung sonstiger Orientierungsmöglichkeiten für die Fahrgäste und die Aufstellung von Fahrplanaufhängen an den Endhaltestellen und die Anbringung von Liniennummern an den Zwischenhaltestellen, was übrigens der früheren Großen Berliner Straßenbahn schon in den von Prof. Giese selbst durchgeführten Einheitsverträge von 1918 zum Zweckverband aufgestellt worden war. Die Kosten hierfür sind nicht einmal sehr groß. Schon vor dem Kriege war in Aussicht genommen, die Haltestellenposten mit beleuchteten Reflektoren zu versehen, um aus diesen Einnahmen zu erzielen. Prof. Giese empfiehlt, auch diese Reflektoren einzuführen, zur Erparnis jedoch von der kostspieligen Beleuchtung abzusehen.

Eine-Mark-Tarif der Straßenbahn

Die städtische Verkehrsdeputation hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage einer weiteren Tarifierhebung auf der Berliner Straßenbahn und mit der Frage des Umsteigeverkehrs beschäftigt. Die Deputation beschloß den städtischen Körperschaften die Einführung eines Einheitstarifes für das gesamte Straßenbahnnetz von 1 Mark vorzuschlagen, jedoch mit der Maßgabe, daß auf den Strecken der bisherigen Spandauer, Cöpenicker und Heiligenseer Bahn sowie der Teufower Kreisstraßenbahn ein Fahrpreis von 80 Pfennig erhoben wird. Ferner erklärte sich die Deputation grundsätzlich mit der Einrichtung eines Umsteigeverkehrs einverstanden, mit Umsteigefahrtskarten zu je 1,50 Mark. Durch diese Tarifierhebung wird eine monatliche Mehreinnahme von rund sieben Millionen Mark erhofft. Da sich durch die Ausgabe der Eine-Mark-Fahrtscheine die Bedienung der Fahrgäste erleichtern wird, sollen die bisherigen Sammelkarten in Fortfall kommen. Die Preise für die Zeitkarten werden entsprechend der Tarifierhebung ebenfalls erhöht, und zwar für eine Linie auf 90 Mark, für zwei Linien auf 115 Mark, für Schülerkarten auf 20 Mark, für Arbeiterwochenkarten auf 6 Mark auf 5 Mark, für 12 Fahrten auf 10 Mark und für 48 Fahrten auf 40 Mark. Weiter beschloß die Deputation, für

Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren Fahrtscheine für den halben Preis, ebenso für Schwerverletzte und Blinde einzuführen. Ein Antrag, die Grenze für Schülerkarten von 16 auf 18 Jahre auszuweihen, wurde abgelehnt.

Vorkommnisse in den Heimstätten Buch

Die Patienten der beiden Heimstätten in Buch für kranke Männer und Frauen hatten sich mit dem Lungen- und Tuberkulose-Krankendenverband in Verbindung gesetzt wegen eines Vortrages über: „Die Bekämpfung der Lungentuberkulose als Volksfrage“. Dieser Vortrag sollte am Sonntag, den 9. Januar, in Buch stattfinden, und die Patientenausschüsse verhandelten mit den leitenden Ärzten der Anstalten wegen der Erlaubnis zur Teilnahme. In der alten Heimstätte wurde der Belegplatz zunächst gestattet, teilzunehmen, während in der neuen Heimstätte es den Frauen verboten wurde. Der leitende Arzt, Dr. Pariser, setzte sich mit dem Kuratorium der städtischen Heimstätten in Verbindung und erhielt die Bewilligung, daß die Erlaubnis zu verjagen sei. Herr Dr. Pariser fügte diesem Verbot noch die Drohung hinzu, daß die Anstalt sofort geschlossen würde, wenn die weiblichen Patienten trotzdem zu dieser Versammlung gehen würden. Darauf zog auch der leitende Arzt der alten Heimstätte auf Anweisung des Medizinikamts seine Zusage zurück. Die Belegstellen beschloßen einstimmig, geschlossen aus der Anstalt zu gehen und sich den Vortrag anzuhören.

Mit großer Aufmerksamkeit hörten sich die Kranken den trefflichen Vortrag des Genossen Dr. Moses an. Der Referent schilderte die verheerenden Wirkungen der Tuberkulose und legte dar, daß die Regierung bei einem Etat von 92 600 Millionen Mark, ganze zweieinhalb Millionen zur Bekämpfung der Lungentuberkulose übrig habe. Am Schluß sprach der Vorsitzende des Lungen- und Tuberkulose-Krankendenverbandes warme Worte zu den Versammelten und wies auf die Ziele des Verbandes hin. Von den Belegstellen der Heimstätten wurde darauf einstimmig eine Resolution angenommen, worin die Kranken zunächst schärfsten Protest gegen die Behandlung durch den Magistrat Berlin („Ausschuß für Heimstätten“) erheben und erklären, daß sie mit weiterem Material an die Öffentlichkeit gehen würden, wenn der leitende Arzt der neuen Heimstätte seine Drohung wahr machen würde. Die Belegstellen beschloßen, sich dem Lungen- und Tuberkulose-Krankendenverband anzuschließen.

Wie uns von dem Patientenausschuß der alten Heimstätte mitgeteilt wird, ist den Frauen, die an dieser Versammlung teilgenommen haben, zur Strafe kein Mittagbrot verabfolgt worden.

Wir fragen den Magistrat, ob eine derartig brutale Maßnahme gegenüber lungenkranken Frauen tatsächlich angewandt worden ist? Gehört diese Behandlung etwa zum Programm der Stadt Berlin für die Bekämpfung der Tuberkulose?

Die Besetzung des Bezirksamts Charlottenburg

Der von der Charlottenburger Bezirksversammlung eingesetzte Ausschuh zur Vorbereitung der Wahlen zum Bezirksamt tagte am Freitagabend im Charlottenburger Rathaus. Zum 1. Bürgermeister wurde der bisherige Bürgermeister von Charlottenburg Scholz gewählt, zum 2. Bürgermeister Stadtverordneter Paul Birch (S. P. D.), als Schulrat Stadtverordneter Otto (Dem.), als technischer Stadtrat der bisherige Bauart Seeling. Als sonstige beabsichtigte Stadträte wurden gewählt: Stadtverordneter Karzer (L. S. P. D.) und die bisherigen Magistratsräte Gend, de Koon und Wimmel.

5. Verwaltungbezirk Friedrichshagen. Auktionsführung der Stadt- und Bezirksverordneten mit dem Vorsitzenden der kommunalen Kommission am Montag, abends 7 Uhr, bei Fall, Friedersdorfer Straße 18.

Ein jugendlicher Arbeiter vermißt. Am Montag, den 10. ds. Mis., mittags gegen 12 Uhr, verließ der jugendliche Arbeiter Otto Hulma ohne jede Ursache seine Arbeitsstätte und ist bis heute weder nach seiner Wohnung noch nach seiner Arbeitsstätte zurückgekehrt. Er war bekleidet mit Militärmäntel, Drillsack, Militärhose, Schnürschuhen mit Wildgamaßen, sowie einer Sackkürze. Da er sowohl kein Essen, wie Kleidung, Wertsachen und Papiere im Gehäuf zurückgelassen hat, muß mit der Möglichkeit eines Unfalles oder Verbrechens gerechnet werden. Nachricht erbeten an L. Schulze, Puttkamerstr. 19.

Die Betriebsversammlung der Firma Döwe findet am Montag nicht um 9 Uhr, sondern um 2 Uhr nachmittags im gleichen Lokal statt.

Metallarbeiterverband. Vorausschickliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Zunächst etwas kühl und überwiegend heiter, nachher aufsteigende wolkige Winde. Neue Erwärmung und ziemlich Bewölkung. Ohne erhebliche Niederschläge.

An die Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte des Wirtschaftsbereiches Berlin

Die Arbeiten der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale sind soweit gediehen, daß jetzt der organisatorische Aufbau vorgenommen werden kann. Zu diesem Zwecke finden in der nächsten Zeit die Versammlungen der Industriegruppen statt. Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen wird lauten:

- 1. Die Aufgaben der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale. 2. Deren technischer Aufbau. 3. Wahlen.

Da dieser organisatorische Aufbau den Beginn der praktischen Arbeit darstellt, da namentlich die Betriebsräte in freier Selbstverwaltung, dem Sozialistengesetzgebungen dienend, hemmend der weiteren Vereinfachung entgegenzutreten und der Unzufriedenheit der gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamtenchaft Ziel und Richtung geben und sie zur geschlossenen Kampffront formieren sollen, ist vollständiges Erscheinen in diesen Versammlungen für sämtliche Betriebsräte dringende Pflicht. Wir bitten die Gesamtarbeiter- und Angestelltenchaft dringend um die Kontrollierung ihrer Betriebsräte, ob sie die Versammlungen besuchen.

Die ersten Versammlungen finden statt: Montag, den 17. Januar, abends 7 Uhr im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, Industriegruppe: Bank und Handel. Dienstag, den 18. Januar, abends 6 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, Industriegruppe: Chemische Industrie.

Warnung!

An die Versicherten der Victoria in Berlin!

Unwahre Gerüchte veranlassen viele Versicherte zur vorzeitigen Auflösung ihrer Versicherungen, Tag für Tag finden Unfälle auf die Kosten der Volksversicherung statt.

Den Schaden davon haben die Versicherer selbst! Denn bei vorzeitiger Auflösung von Versicherungen kann naturgemäß nur ein Bruchteil des eingezahlten Geldes zurückgezahlt werden. Hierbei hat das Geld, welches die Versicherer heute erhalten, doch nur ungefähr ein Zehntel der Kaufkraft des Vertrages der in langen Jahren eingezahlt wurde.

Der Wert der Versicherung liegt im Anfallien der vertragsgemäßen Versicherungsdauer!!!

Daß die Victoriansversicherung zahlungsunfähig wird, ist allein schon durch die geleglich vorgezeichnete Art, wie die Versicherungsgesellschaften ihre Gelder anlegen müssen, völlig ausgeschlossen.

Eine tiefgreifende Folge der zurzeit in großem Maßstabe vorgenommenen vorzeitigen Auflösungen von Versicherungen ist nicht allein, daß die Ansehnlichkeit augenblicklich bis zur Erschöpfung angestrengt werden. In Kürze wird vermutlich infolge der geringeren werdenden Verwaltungskosten ein großer Teil der Angestellten wegen Arbeitsmangel auf der Straße liegen und das gewaltige Heer der Arbeitslosen vermehren.

So hat keiner Nutzen als der Kapitalismus, der den Gewinn einstreicht!

Darum, Volksversicherer, laßt Eure Versicherungen bestehen und nehmt die Beitragszahlung wieder auf. Alle Geschäftsstellen der Victoria zömen Zahlungen an, auch erteilen alle Angestellten der Victoria bereitwilligst Auskunft.

Die Angestellten der Victoria. Für die freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder: Bierath. Für die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute: Genisch.

U. S. P. D. Buchdrucker (Osten) müssen unbedingt heute, Sonntag, abends 7 Uhr, bei Kirsh, Petersburger Str. 81, erscheinen. Oppositionelle Buchdrucker, Bezirk 3, Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Kirsh, Danziger Straße 71, wichtige Besprechung, erscheinen unbedingt notwendig.

Aus den Organisationen

Charlottenburg. Die Wahlenversammlung findet nicht morgen, sondern erst am Abend, 7 Uhr, statt.

Bereinskalender

Neußer. Zentralverband der Arbeitlosen. Sonntag, 16. Januar, nach 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Beal-Rahmo, Reichsstr. 4. Gäste willkommen. Reichsverband der Arbeitslosen, Teilnehmer und -Zustörer, Ostpreußen Spandau, abends 7 Uhr, in der Aula der Oberrealschule, Eing. Westfälische Generalversammlung, Mitgliedsliste als Ausnahme, vollständiges Erscheinen notwendig. Der Vorstand. Sop. Arbeiterjugend Jehannishal. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Vortrag: Was wir wollen. Sop. Arbeiterjugend, Ostpreußen, Sonntag, 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Bezirk 22, Gebirgsfeier anlässlich der Wiederkehr des 100. Jahrestages der Reichsgründung und Genossen.

Kontaktschreiben für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Kontaktschreiben für den Verleger: Ludwig Komerling, Berlin. Verlagsgegenstände: Arbeiter, e. G. u. d. F. Berlin. - Druck der Arbeiter-Trautwein G. m. b. H., Berlin C. 2, Köpenicker Straße 90.

Theater und Vergnügungen

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 Tägl. Gr. Ball f. d. ältere Jugend. Dir. Kändler. Dienst: Grafen-Verlosung. Donnerstag: Feiern. Anfang 8 Uhr.

Brachiale Mit Berlin. Blumenstr. 10, Kino-Ing. Gr. Ball. Hier die modernste Tanz- und Feiern. Dienst: Grafen-Verlosung. Donnerstag: Feiern. Anfang 7 Uhr.

Unentbehrlich für Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen. U. S. P. D. Taschenkalender 1921. Gut gebunden :: 4.- Mark. Organisationen Preisermäßigung.

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Kleine Anzeigen

Verkäufe: Corbinen, Stoffs, Koffer, etc. Möbel: Schreibtisch, etc. Kaufgesuche: Rohschaf, etc. Werkzeuge u. Maschinen: Bohrmaschine, etc. Selbstbau: etc.

Zum Todestage Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs (15. Januar 1919). DER MORD an Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg. Postkarten mit Porträts. Buchhandlung „FREIHEIT“ Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Botenfrauen verlangt für die Touren: Weißburger Straße 1-7, Saarbrücker Straße 1-39, Straßburger Straße 1-22, Straßburger Straße 37-60. WERHER, Greifswalder Straße 29 Charlottenburg, Wallstraße 90.